

Geld für alle: Kann das gutgehen?

Die Initiative zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens ist zustande gekommen. Eigentlich geht es dabei um die Frage: Wie soll der Schweizer Sozialstaat künftig organisiert sein?

Text: Yaël Debelle, Balz Ruchti und Peter Johannes Meier; Illustrationen: Felice Bruno

Auf Erden vielleicht nicht mehr, aber spätestens im Himmel wird sich das bedingungslose Grundeinkommen für uns alle auszahlen: «Vom Himmel aus können wir dann zusehen, wie es eingeführt wird, und zu den Ausländern sagen: «Wer hats erfunden? Wir Schweizer.»»

Mit diesem Ausblick beschliesst Oswald Sigg gern Vorträge zum bedingungslosen Grundeinkommen: «Zu Beginn wurde ich besonders oft von Kirchgemeinden und Altersheimen angefragt – aber das Projekt wird zweifellos Generationen beschäftigen», sagt der 69-Jährige.

Der Ex-Bundesratssprecher und Sozialdemokrat gehört zum Initiativkomitee, das am 4. Oktober in Bern die gut 120 000 gesammelten Unterschriften einreicht. Es sei ein erster, ein kleiner Schritt auf dem Pfad von der Utopie zur Realität, sagt Sigg – aber andere gesellschaftliche Visionen hätten diese Strecke ja auch schon bewältigt, wie zum Beispiel die AHV: «Die Idee, das Alter zu versichern, schien einst genauso absurd und nicht finanzierbar – heute ist die AHV längst eine Selbstverständlichkeit.»

Wer nicht arbeitet, soll trotzdem essen

Geht es mit dem Grundeinkommen gleich, wird es nicht nur für Sigg und seine älteren Zuhörer zu spät kommen, sondern für die meisten von uns: Die AHV wurde im Parlament erstmals in den 1890er Jahren thematisiert – und der Grundsatz dazu 1925 in der Verfassung verankert. Zwei weitere Jahrzehnte verstrichen bis zur Einführung 1948.

Die Idee des Grundeinkommens ist allerdings wesentlich umstrittener als sei-

Das Prinzip Grundeinkommen

Der Staat zahlt allen ein bedingungsloses Grundeinkommen und ersetzt so einen Teil des Einkommens.



nerzeit die AHV – vor allem weil es nicht an Verpflichtungen geknüpft ist. Es steht jedem zu, um – gemäss Initiativtext – der gesamten Bevölkerung «ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» zu ermöglichen. Jeder Bürger soll monatlich einen existenzsichernden Betrag erhalten – ob er bedürftig ist oder nicht.

Das Grundeinkommen will nichts weniger als die Entlastung des Menschen vom materiellen Überlebenskampf. Das kommt dem Versuch gleich, ein «Naturgesetz» zu brechen, das durch fromme Sprüche wie «Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen» zum Fundament der modernen Arbeitsgesellschaft geworden ist.

Die zeitgemässe Fassung heisst: Leistung muss sich lohnen. Oder umgekehrt: Keine Leistung darf sich nicht lohnen. Weil das Grundeinkommen an diesen

Beobachter direkt

Soll jede und jeder 2500 Franken im Monat vom Staat bekommen? Diskutieren Sie mit: www.beobachter.ch/direkt

Glaubenssätzen rüttelt, wird es vehement bekämpft.

Gegner finden sich von links bis rechts. Ein «verlogenes Schlaraffenland» dräut laut dem ehemaligen Gewerkschaftssekretär und heutigen NZZ-Kommentator Beat Kappeler. «Weltwoche»-Chefredaktor Roger Köppel sieht Migrantenströme, die «wie Fliegenschwärme einfallen» und die Wirtschaft unter der Steuerlast ersticken.

Linke Skeptiker wie der SP-Nationalrat Corrado Pardini warnen dagegen vor einer «Schweizer Hartz-IV-Variante», die die sozialen Errungenschaften zunichtemacht, die allesamt auf Erwerbstätigkeit oder -willigkeit fussen.

Fragen aufwerfen statt Antworten geben

Auch Befürworter finden sich in allen politischen Lagern – allerdings mit höchst unterschiedlichen Motiven und Vorstellungen. Neoliberale wittern die Chance, den Sozialapparat nicht nur zu verschlanken, sondern gleich auf Bikinifigur zu trimmen: Das Grundeinkommen soll alle anderen Sozialleistungen ersetzen und zugleich so tief sein, dass der Anreiz zu arbeiten steigt.

Das Initiativkomitee selbst will dagegen alle bisherigen Sozialsysteme erhalten, um Ansprüche zu decken, die das Grundeinkommen übersteigen.

Die Initianten schlagen einen monatlichen Betrag von 2500 Franken für Volljährige und von 625 Franken für Kinder und Jugendliche vor – total würde das jährlich rund 200 Milliarden Franken kosten.

Dabei erhoffen sie sich Einsparungen im sozialbürokratischen Kontroll- und



Das System heute

Verschiedene Sozialwerke verteilen Steuergelder an **Randgruppen**. Die Zahlungen sind an Bedingungen geknüpft. Die Vergabe wird aufwendig **kontrolliert**.



Die Idee des Initiativkomitees

Alle Bürger erhalten 2500 Franken Grundeinkommen **- ohne Bedingungen**. Die herkömmlichen Sozialwerke erbringen darüber hinausgehende Leistungen.



Die neoliberale Variante

Alle Bürger erhalten ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dieses ist **nicht zwingend existenzsichernd**, ersetzt aber alle bisherigen Sozialwerke.



Verwaltungsapparat, der einen immer grösseren Teil der Sozialgelder verschlingt. Die heutigen Sozialkosten belaufen sich auf rund 150 Milliarden Franken.

Wie das Grundeinkommen finanziert werden soll, ist ebenfalls umstritten. Nicht einmal die Initianten sind sich einig: Der Basler Gastronunternehmer Daniel Häni will dafür weder Erbschaftssteuern noch

Lohnabgaben einsetzen. Er plädiert für eine Konsumsteuer, wogegen Oswald Sigg mit Lohnabgaben oder einer Finanztransaktionssteuer liebäugelt. Andere schlagen Luxus-, Ökoabgaben oder eine Kombination verschiedener Modelle vor.

Dass selbst bei den Befürwortern so viel Uneinigkeit herrscht, manifestiert sich auch im Initiativtext: Der Bund sorgt für

die Einführung und regelt Finanzierung und Ausgestaltung, heisst es da knapp.

«Wir wollen Fragen aufwerfen, nicht Antworten geben», sagt Initiant Daniel Häni. Die Idee des Grundeinkommens soll die Menschen zum Denken und Debattieren anregen. «Wenn wir die Details vorgäben, käme keine grundlegende Diskussion zustande - aber diese persönliche

Die Schweiz unsere Heimat.

Volg ist im Dorf daheim – nun auch in der Westschweiz. Seit Jahrzehnten sind wir in Berg und Tal präsent und pflegen typisch schweizerische Werte. Mit ein Grund, warum sich immer mehr Kunden im Volg heimisch fühlen.

Volg. Im Dorf daheim.





Monatlich 2500 Franken Grundeinkommen: Ist das bezahlbar?

PRO

Ueli Mäder,
Soziologieprofessor



«In der Debatte wird ignoriert, wie Renten rentieren und über Konsumausgaben Arbeitsplätze schaffen. Mehr Mittel für

soziale Sicherheit lohnen sich. Die Einnahmen der Sozialwerke haben seit 20 Jahren die Ausgaben jeweils weit überstiegen – sogar im schwierigsten Jahr 2009. Das zeigt, dass wir uns eine umfassende soziale Sicherheit leisten können. Wenn wir in einem ersten Schritt die Ergänzungsleistungen auf Familien mit Kindern ausweiten, kostet das vier Milliarden – rund ein Promille der Vermögen, die Schweizer Banken verwalten. Das ist finanzierbar.»

KONTRA

Daniel Kalt,
UBS-Chefökonom



«Das wäre kaum finanzierbar. Für eine vierköpfige Familie müssten monatlich 6250 Franken ausgeschüttet werden (Erwachsene: 2500/Kinder: 625).

Gesamt-schweizerisch würde sich das zu jährlich rund 200 Milliarden Franken oder zu einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts aufsummieren. Selbst wenn man davon das Wegfallen anderer Sozialversicherungen wie der AHV berücksichtigt, wären immer noch 130 bis 140 Milliarden zu finanzieren. Wollte man das zum Beispiel über die Mehrwertsteuer finanzieren, die heute 22 Milliarden jährlich bringt, müsste der Mehrwertsteuersatz von heute knapp 8 auf rund 50 Prozent erhöht werden – schlicht undenkbar.»

Auseinandersetzung ist das vielleicht wichtigste Anliegen unserer Initiative.»

Da sich sehr unterschiedliche Leute Gedanken machen, liegen die Szenarien weit auseinander. Der in Hamburg lebende Schweizer Ökonom Thomas Straubhaar geht von 625 Euro aus: Dieser Betrag entspricht den aktuellen Sozialkosten pro Kopf der deutschen Bevölkerung. Ein Grundeinkommen in dieser Höhe wäre offensichtlich finanzierbar – wenn man zugleich alle anderen Sozialleistungen restlos streicht. Der Basler Soziologe Peter Streckeis hingegen sagt, nur mindestens 3000 Franken würden eine menschenwürdige Existenz mit gesellschaftlicher Integration gewährleisten; zudem müssten die bisherigen Sozialversicherungen erhalten bleiben.

Kanada hat das Experiment gewagt

Noch schwerer vorauszusagen sind die gesellschaftlichen Folgen des Grundeinkommens, wie der liberale Befürworter Thomas Straubhaar einräumt. Die konkreten Verhaltensänderungen seien mit theoretischen Ansätzen nur unzureichend voraussehbar. Dennoch sieht Straubhaar das Grundeinkommen als Zukunftsmodell. Die heutigen Sozialwerke seien veraltet, weil sie auf der traditionellen Kernfamilie, dem Mann als Alleinverdiener und ununterbrochener Erwerbsarbeit beruhen.

Noch rarer als theoretische Modelle sind praktische Erfahrungen. Aber es gibt sie. In Kanada erhielten Mitte der siebziger Jahre bedürftige Bewohner der 8000-Seelen-Gemeinde Dauphin auf Antrag monatliche Zuschüsse – bedingungslos. Dieses sogenannte Mincome-Projekt war als Arbeitsmarktexperiment konzipiert: Die Regierung wollte wissen, was passiert, wenn jeder ein Grundeinkommen erhält – vor allem, ob dann noch jemand arbeitet.

Wegen der einsetzenden Rezession wurde das Programm bereits nach vier Jahren abgebrochen; die Akten darüber verschwanden unausgewertet im Archiv. Erst 2009 erstritt sich die Gesundheitswissenschaftlerin Evelyn Forget Zugang zu den Mincome-Unterlagen. Die bis heute bekanntgewordenen Erkenntnisse überraschen: Die Anzahl geleisteter Arbeitsstunden hatte nur wenig nachgelassen. Im Durchschnitt arbeiteten Männer ein Prozent weniger, Ehefrauen drei und nicht verheiratete Frauen fünf Prozent. Nur zwei Gruppen reduzierten ihr Arbeitspensum deutlich: junge Mütter, die sich mehr um ihre Neugeborenen kümmerten, und Jugendliche, die länger zur Schule gingen – weil sie weniger unter Druck standen, ihre Familien finanziell zu unterstützen.

Forget, sonst auf Kosteneffizienz im Gesundheitswesen spezialisiert, untersuchte



Arbeitsanreiz: Warum sollte da noch jemand arbeiten gehen?

PRO

Judith Giovannelli-Blocher, Autorin und Sozialarbeiterin



«Die meisten Leute – auch wenn sie schlecht bezahlte Arbeit leisten – haben Freude daran, etwas

beizutragen zum Wohl aller. Unsere Arbeitswelt ist aber sehr stark am Geld orientiert. Jede Minute muss abgerechnet werden. Das sieht man in Pflegeberufen: Zeit für den Patienten ist nicht mehr vorgesehen. Das Grundeinkommen würde bewirken, dass wir uns die Frage nach dem Sinn der Arbeit mit weniger Existenzängsten stellen könnten. Die Menschen könnten sich Zeit für die wichtigen Dinge im Leben nehmen. Bis dahin ist es ein langer Weg, und wir müssten neu denken, was Arbeit überhaupt bedeutet.»

KONTRA

Daniel Kalt, UBS-Chefökonom



«Viele Leute hätten wohl keinen Anreiz mehr, einer Arbeit nachzugehen, junge Menschen sähen keinen Sinn darin,

sich in Schule, Lehre oder Studium abzumühen – weshalb auch: Der Staat bezahlt einem ja den Lebensunterhalt. Doch bevor der Kuchen verteilt werden kann, muss er erst gebacken werden. Und wenn er immer kleiner wird, bleibt am Schluss allen weniger, der Wohlstand sinkt. Im schlimmsten Fall kollabiert das System. Positiv ist einzig die Diskussion über eine Vereinfachung unseres viel zu komplizierten Sozial- und Steuersystems.»



auch die Krankenhausakten aus jener Zeit. Ihr Hauptbefund: Während des Mincome-Programms sank die Anzahl Hospitalisierungen wegen Unfällen, häuslicher Gewalt und psychischer Probleme um satte 8,5 Prozent. Auf Kanada hochgerechnet, entspräche das heute Einsparungen von vier Milliarden Dollar. «Es ist bekannt, dass sich fehlende Einkommenssicherheit auf die Gesundheit auswirken kann. Oft hat dies mit Stress und Druck zu tun», sagt Forget. So hätten Angestellte, die sich unwohl oder krank fühlten und trotzdem zur Arbeit gingen, ein grösseres Verletzungsrisiko; ebenso Kinder, deren Eltern der Arbeit wegen keine Zeit für sie haben.

«Ich würde mein Leben nicht ändern»

Von konkreten Berechnungsversuchen ist die Schweizer Grundeinkommensdebatte dagegen weit entfernt. Stattdessen werden vor allem Ängste und Hoffnungen herumgeboten. Dafür scheinen weniger die politischen Überzeugungen entscheidend – eher sind es die Menschenbilder und Lebens Einstellungen in den einzelnen Köpfen.

«Ich würde mit einem Grundeinkommen nichts in meinem Leben verändern», sagt zum Beispiel FDP-Parteipräsident Philipp Müller. «Ich glaube aber, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen viele Leute zum Nichtstun verführt. Durch

HISTORISCHE ZITATE

KONTRA GRUNDEINKOMMEN

«Im Scheweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen.»

Genesis, 3,19

«Arbeit ist die Nahrung edler Seelen.»

Seneca (4 v. Chr.-65 n. Chr.), römischer Philosoph

«Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen.»

Martin Luther (1483-1546), Reformator

«Die kleinste Arbeit schaffe, als sei sie ein Meisterstück, rasch und gut.»

Jeremias Gotthelf (1797-1854), Schweizer Pfarrer und Schriftsteller

«Es ist bedenklich, jemandem Geld für nichts zu geben, das macht die Leute depressiv.»

Alain de Botton (*1969), Philosoph



Kultur und Wirtschaft: Wie wirkt sich das Grundeinkommen aus?

PRO

**Daniel Häni,
Unternehmer, Initiant
«Grundeinkommen»**



«Wirtschaft und Kultur würden dynamisiert. Selbstmotivation und Eigeninitiative bewirken einen guten Flow, mehr Qualität und Effektivität. Das ist eine Voraussetzung für die künftige Leistungsgesellschaft. Interessant für die Unternehmenskultur: Betriebe müssten werben, warum es sinnvoll ist, bei ihnen zu arbeiten. Das würde die Qualität der Arbeitsplätze und die Wertschätzung der Arbeit stärken. Wir brauchen mehr Leute, die selbständig denken und entscheiden können und nicht einfach ausführen, was der Chef sagt. Wir wollen Sinn und Freiheit in der Arbeit statt Freizeit von der Arbeit!»

KONTRA

**Roger Köppel,
Chefredaktor
«Die Weltwoche»**



«Das Grundeinkommen wäre demotivierend für die Menschen und zerstörerisch für das Land. Der Mensch muss selber für seinen Lebensunterhalt aufkommen, nicht der Staat. Das ist die zentrale Idee der nachweislich erfolgreichen bürgerlich-freiheitlichen Philosophie, der sich die Schweiz verpflichtet fühlt. Das bedingungslos-besinnungslose Grundeinkommen macht den Staat zur Milchkuh für alle. Der Sozialismus hats auch versucht. Mit den bekannten Folgen: Massenarmut, Millionen von Toten.»



solche Anreize würde unsere Gesellschaft träge und faul.» Wie Müller denken viele. In einer Umfrage des deutschen Wirtschafts magazins «Brand eins» gaben 90 Prozent der Befragten an, sie selbst würden trotz einem bescheidenen Grundeinkommen weiterarbeiten. 80 Prozent vermuteten aber zugleich, dass andere mit dem Arbeiten aufhören würden.

Auffällige Nähe zur Lehre Rudolf Steiners

Die Vertreter des Initiativkomitees dagegen glauben an ein kreatives und engagiertes Individuum, das ungeahnte Schaffenskraft entwickeln wird, wenn es von den Fesseln erzwungener Erwerbsarbeit befreit ist. «Lähmend für eine Gesellschaft sind Menschen, die sich mit dem, was sie tun, nicht identifizieren können. Selbstmotivation und Eigeninitiative dagegen bewirken Qualität und Effektivität. Das kann jeder fortschrittliche Arbeitspsychologe bestätigen», sagt Initiant Häni. Diese Vorstellung des edlen, kreativen Individuums wird selbst von manchen Linken als «elitär» und «etwas naiv» bezeichnet – sie passt aber zum ideologischen Hintergrund vieler Grundeinkommensbewegeter.

Die aktuelle Grundeinkommensdebatte wurde in der Schweiz wie auch in Deutschland von einem anthroposophisch geprägten Umfeld lanciert. Häni und zwei weitere

HISTORISCHE ZITATE PRO GRUNDEINKOMMEN

«Arbeit um der Arbeit willen
ist gegen die Natur.»

John Locke (1632-1704),
britischer Philosoph

«Schwinden wird das Unkraut
des Neides, wenn jedermanns
Existenz gesichert.»

Guido Josephi, Schweizer Sozialpolitiker
und Autor, 1893

«Das Reich der Freiheit beginnt
da, wo Arbeit aufhört.»

Karl Marx (1818-1883), deutscher Ökonom

«Arbeit und Lohn werden in
Zukunft vollständig getrennt.»

Rudolf Steiner (1861-1925),
österreichischer Philosoph

«Was uns bevorsteht, ist die
Aussicht auf eine Arbeits-
gesellschaft, der die Arbeit
ausgegangen ist.»

Hannah Arendt (1906-1975), Philosophin



Mitglieder des Initiativkomitees haben einen anthroposophischen Hintergrund oder stehen den Ideen von Rudolf Steiner nahe. Initiantin Ursula Piffaretti wie auch Götz Werner, Grundeinkommenspionier in Deutschland, sind bekennende Anthroposophen. 2006 fand der erste Grundeinkommenskongress in der Schweiz im Goetheanum in Dornach statt – dem Sitz der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft. Ebenso ein weiterer im März 2013.

«30 Prozent Ja wären ein Erfolg»

Daniel Häni hat zusammen mit Mitinitiant Enno Schmidt einen Essay über Positionen von Rudolf Steiner geschrieben, aus denen man dessen Sympathie für das Grundeinkommen ableiten könnte. Und im Hauptquartier der Grundeinkommenspioniere, unter der Glaskuppel von Hänis «Kaffeehaus Mitte», schwebt die Gesamtausgabe von Rudolf Steiners Werken.

«Es wäre schlicht falsch, die Grundeinkommensidee an einer Gruppe von Anthroposophen festzumachen. Natürlich gibt es dort mehr Sympathisanten als bei der SVP. Aber es gibt auch Gegner unter Steiner-Anhängern. Die Idee ist bei Rechten wie Linken gleichermassen umstritten», sagt Häni. Für manche Kritiker sei es verlockend, die Idee einer kleinen Gruppe zuzuschreiben, um sie zu marginalisieren.



Soziale Sicherheit: Was bringt das Grundeinkommen?

PRO Oswald Sigg, Ex-Bundesrats-sprecher, SP-Mitglied



«Ein Grundeinkommen brächte mehr soziale Sicherheit. Es würde das institutionelle Misstrauen gegenüber den Bedürftigen abbauen, die Scham der Sozialhilfeabhängigen würde verschwinden und die Ungerechtigkeit der Sozialpolitik zu einem grossen Teil auch. Wer heute in einer Notlage um Sozialhilfe bitten muss und dem Sozialapparat ausgeliefert ist, verliert seine menschliche Würde. Die reine Geldverteilung und Kontrolltätigkeit durch Sozialarbeitende würde massiv abgebaut. Allerdings wäre es für mich unerlässlich, dass die Zusatzleistungen der Sozialversicherungen bestehen bleiben.»

KONTRA Vania Alleva, Kopräsidentin Gewerkschaft Unia



«Ein Grundeinkommen kostet Milliarden von Franken. Wird die Initiative angenommen, würde das Parlament den Betrag eher bei 1500 Franken festsetzen als bei 2500. Das könnte als Ersatz für die AHV- und IV-Renten betrachtet werden. Die Gefahr ist gross, dass nach dem ausgelösten Totalumbau der Sozialversicherungen unterm Strich weniger Einkommen im Portemonnaie der Arbeitslosen und Rentner bliebe. Die meisten ziehen es überdies vor, ihr Leben mit einem Einkommen zu bestreiten, das sie aus eigener Arbeit erzielt haben. Deshalb setzen wir auf den Mindestlohn.»

Das dürfte gar nicht nötig sein. Die geforderten Unterschriften haben die Initianten zwar locker gesammelt, an ein Ja an der Urne glauben sie aber selber nicht. «Wenn auf Anhieb über 30 Prozent zustimmten, wäre das ein grosser Erfolg und ein Ja zum Weiterdenken», meint Häni.

Die Abstimmung wird so oder so nicht ohne Wirkung bleiben. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens bringt frischen Wind in die Debatte über die Zukunft der Arbeit und über die künftige Organisation der Sozialwerke.

Der Schweizer Sozialapparat ist historisch gewachsen – ein Dickicht aus Kassen, Versicherungen und Behörden; kompliziert, teuer. Vereinfachung tut not.

Das muss nicht unbedingt ein Grundeinkommen sein. Der linke Thinktank Denknetz schlägt eine allgemeine Erwerbsversicherung (AEV) vor. Diese soll die bisherigen Sozialversicherungen vereinen. Wer wegen Mutterschaft, Militärdienst, Unfall oder Krankheit keine Erwerbsarbeit leisten kann oder keine «würdige» Arbeitsstelle findet, soll 80 Prozent des letzten Lohns erhalten. Die Sozialhilfe soll in die AEV integriert und schweizweit einheitlich geregelt werden; die AHV bliebe weiterhin eigenständig. «Die allgemeine Erwerbsversicherung ist ein spannendes Anliegen – und um einiges realistischer

FOTOS: KEYSTONE (2), ZVG, PD



und weniger risikobehaftet als das Grundeinkommen», sagt Arbeitsintegrations-
 experte Hannes Lindenmeyer. Er plädiert
 vor allem für die Trennung von Geldzah-
 lungen und Integrationsleistungen (siehe
 Interview, Seite 27).

Letztlich dreht sich die Grundeinkom-
 mensdiskussion auch um das gesellschaft-
 liche Verständnis von Arbeit. Meist gilt nur
 als Arbeit, was Einkommen bringt: «Wer
 Schweine erzieht, ist ein produktives, wer
 Menschen erzieht, ein unproduktives
 Mitglied der Gesellschaft», erkannte der
 deutsche Nationalökonom Friedrich List
 schon vor 150 Jahren.

Dabei werden laut Bundesamt für
 Statistik in der Schweiz jährlich ähnlich
 viele Stunden unbezahlter, aber gesell-
 schaftlich wertvoller Arbeit verrichtet: Frei-
 willigenarbeit, Kindererziehung, die Pflege
 von Angehörigen sowie Hausarbeit.

«Die Mehrheit der unbezahlten Arbeit
 wird in der Schweiz immer noch von
 Frauen geleistet», sagt Gudrun Sander von
 der Universität St. Gallen. Mit einem
 Grundeinkommen könnte bezahlte und
 unbezahlte Arbeit anders verteilt werden,
 meint die Ökonomin. «Es lohnt sich, diese
 Idee weiterzudenken.»

Lesen Sie zum Thema auch das Interview
 ab Seite 27.

Zuwanderung: Welchen Effekt hätte das Grundeinkommen?

PRO



**Daniel Häni,
 Unternehmer und
 Initiant «Grund-
 einkommen»**

«Die Schweiz würde
 zum Zentrum
 gesellschaftlicher
 Innovationen und
 Pionierland. Und es ergäbe sich
 ein Standortvorteil, weil die Kosten
 der menschlichen Arbeit durch das
 Grundeinkommen entlastet werden.
 Zur Zuwanderung: Wer in der Schweiz
 nicht berechtigt ist für ein Grund-
 einkommen, ist zunächst im Nachteil -
 weil er kein Grundeinkommen auf
 dem Arbeitsmarkt einbringen könnte.
 Deshalb würde es nicht automatisch
 zu einer Zuwanderungswelle führen.»

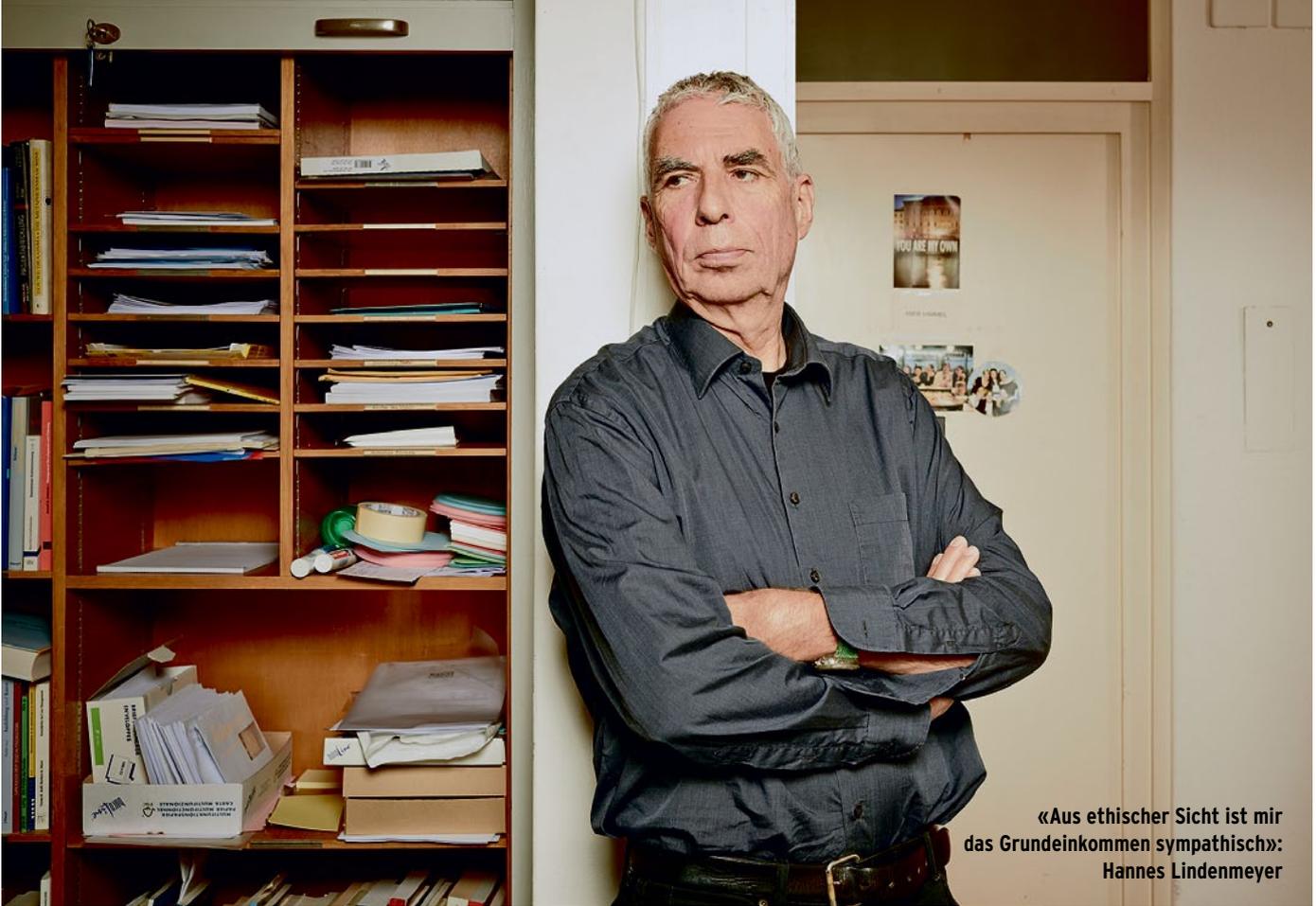
KONTRA



**Philipp Müller,
 Präsident FDP**

«Die Schweizer
 Wirtschaft gehört
 dank Innovation und
 Wettbewerb heute
 zur Weltspitze. Dieser
 liberale Erfolgsweg
 würde durch ein bedingungsloses
 Grundeinkommen verhindert: Nach
 dessen Einführung muss mit einem
 enormen Rückgang des Bruttoinland-
 produkts und mit einem enormen
 Einwanderungsstrom gerechnet
 werden, zumal die Mindestlöhne
 in 21 von 28 EU-Ländern tiefer sind
 als das geplante Grundeinkommen.
 Damit würde man letztlich die
 extremen Initiativen von rechts
 aussen und von Ökonationalisten
 unterstützen.»





«Aus ethischer Sicht ist mir das Grundeinkommen sympathisch»: Hannes Lindenmeyer

GRUNDEINKOMMEN

«Der Sprung ins Paradies ist gefährlich»

Das Grundeinkommen berge ein hohes Risiko, sagt Hannes Lindenmeyer, Experte für Arbeitsintegration. Randgruppen würden mit ihm erst recht ausgegrenzt. **Interview: Yaël Debelle und Balz Rucht; Fotos: Christian Schnur**

Beobachter: Herr Lindenmeyer, in den Augen vieler Leute sind Sie ein seltenes Exemplar. Hannes Lindenmeyer: Ach ja? Warum?

Wer vom Staat genug Geld bekommt, arbeitet nicht mehr, heisst es oft. Sie sind trotz AHV beruflich tätig. Warum?

Sie haben recht, ich habe jetzt sozusagen ein Grundeinkommen: die Rente. Das ist ein sehr angenehmer Zustand. Ich habe mit 65 ein Fest veranstaltet und die Errungenschaft der Schweizer Sozialpolitik gefeiert. Jetzt arbeite ich nur noch an Themen, die mich packen – meist ohne Bezahlung.

Das heisst, Sie sind für die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens?

Das Grundeinkommen ist eine wunderbare Utopie. Seit die Menschen denken, gibt es den Wunsch nach Erlösung von der

existentiellen Nötigung zur Arbeit. Vor allem aus ethischer Sicht ist mir das Anliegen sympathisch.

Inwiefern?

Eine Gesellschaft, die ein Grundeinkommen einführt, stellt die Würde des Menschen über den Menschen als Wirtschaftssubjekt. Sie mutet ihren Bürgern Freiheit zu und bringt ihnen Vertrauen entgegen. Aber der Sprung ins Paradies ist gefährlich.

Warum gefährlich?

Die tatsächliche Umsetzung könnte grosse Verluste in der sozialen Sicherheit bringen.

Hannes Lindenmeyer, 67, ist Organisationsberater und Experte für Arbeitsintegration und Bildungsfragen in Zürich. Er berät Non-Profit-Organisationen und öffentliche Verwaltungen.

Nach dem Motto: Wir geben allen Arbeitslosen, Sozialhilfebezügern und IV-Rentnern ein monatliches Grundeinkommen von 2500 Franken – und schaffen die anderen Sozialversicherungen ab. Aber diese leisten nicht nur Geldzahlungen, sondern in grossem Umfang Integrationsarbeit.

Die Initianten sagen allerdings, dass die Sozialversicherungen bestehen bleiben müssten.

Aber unter den Befürwortern gibt es auch Neoliberale. Das ist die Krux mit dem sehr vage gehaltenen Initiativtext. Er enthält nichts über die Zukunft der Sozialwerke. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel lässt fast alles offen. So begibt man sich mit Kräften ins Boot, die die Sozialleistungen massiv abbauen wollen. Das Parlament und allenfalls das Volk müssten in einem nächsten Schritt über die Umsetzung ent-

scheiden. Man gibt da eine Carte blanche, die – wenn sie im falschen Moment behandelt wird – zu radikaler Entsolidarisierung führen könnte.

Aber das Grundeinkommen ist an sich eine grosszügige und solidarische Idee.

Das bleibt vor allem eine Frage der Ausgestaltung. Ein hohes Grundeinkommen wird politisch nie durchkommen. Hartz IV in Deutschland ist ein ähnliches System, und die Empfänger sind extrem stigmatisiert.

Die Initianten argumentieren, dass die Stigmatisierung eben gerade wegfiel, weil das Existenzminimum jedem zustünde.

Das Grundeinkommen richtet sich in der vorgeschlagenen Höhe von 2500 Franken vor allem an Randgruppen der Gesellschaft. Für die anderen ist dieser zusätzliche Betrag nicht so relevant. Damit würden die Randgruppen erst recht stigmatisiert und ausgegrenzt. Man würde sie mit einem Grundeinkommen abspesen und sich nicht mehr um sie kümmern. Ausserdem sind mir die Haare zu Berge gestanden, als ich gelesen habe, wie das Grundeinkommen finanziert werden soll.

Was missfällt Ihnen an der Finanzierung?

Der Staat soll den Lohn bis 2500 Franken decken, den Rest zahlt das Unternehmen. Diese würden damit massiv entlastet. Und der Bürger soll dann das Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer zahlen, die für Reiche und Arme jeweils gleich hoch ist. Das ist eine unglaubliche Umverteilung von unten nach oben – kein solidarisches Finanzierungsmodell.

Was halten Sie von den Zielen der Initianten? Diese wollen freie Menschen, die aus eigenem Antrieb arbeiten.

Diese Haltung ist eine typische Privilegiertenhaltung. Mit dem Grundeinkommen würde man zweifellos Studenten und Künstler unterstützen. Man kann diese lebensfrohen Kreativen aber nicht in denselben Topf werfen wie Menschen mit Bildungsdefiziten, sozialen Schwierigkeiten, Behinderungen oder Migrationshintergrund. Gerade für diese findet Teilhabe an der Gesellschaft vor allem über Arbeit statt, nicht über das Einkommen. Sie wollen arbeiten, selbst wenn die Arbeit nicht spannend ist – und gebraucht werden. Deshalb braucht es differenzierte Unterstützung, keine pauschale Geldausschüttung. Die

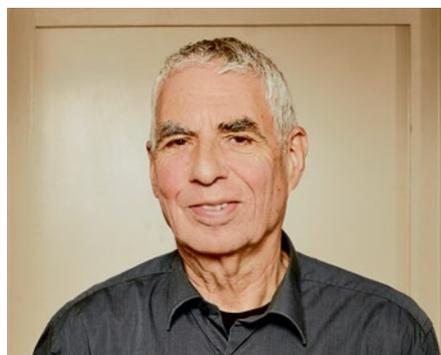
Arbeit muss verteilt werden, nicht das Geld. In unserer Gesellschaft haben die einen zu viel, die anderen zu wenig Arbeit.

Wie soll die Arbeit besser verteilt werden?

Wir brauchen eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Jeder Mensch müsste im Lauf seines Arbeitslebens zum Beispiel fünf Jahre Sabbaticals beziehen können.

Ein vom Staat bezahlter Langzeiturlaub?

Ein Zeitfenster für Bildung, Sozialeinsätze und andere frei gewählte Tätigkeiten. Diese



«Der Staat soll den Lohn bis 2500 Franken decken, den Rest zahlt die Firma – das ist eine Umverteilung von unten nach oben.»

Hannes Lindenmeyer, Organisationsberater

Zeit wäre versichert, etwa mit 80 Prozent des vorherigen Lohns. Nur bis zu einer gewissen Höhe, wie bei der ALV. Das ist bezahlbar. Und es würde jeden betreffen, vom Manager bis zur Migros-Kassierin. Das würde die enge Bindung an die Erwerbsarbeit lockern, den Druck verringern.

Eine zusätzliche Versicherung? Unser Sozialsystem ist schon unüberschaubar und teuer.

Wir haben tatsächlich eine sehr komplexe Struktur, mit drei Ebenen: Bund, Kantone, Gemeinden. Da braucht es Vereinfachungen. Die Komplexität der Sozialwerke lässt nur ein Aushandeln der Interessen in kleinen Schritten zu. Und das ist auch gut so.

Genau diese kleinen Schritte gelten als «Pflästerlipolitik» ohne Mut zu Veränderungen.

Es braucht die ständige Diskussion über unsere Sozialwerke. Diese sind nicht wie eine Maschine, die man einfach durch eine neue ersetzen kann.

Was würden Sie am Sozialsystem verändern?

Was es vor allem bräuchte: eine Trennung von Geldzahlungen und Integrationsleistungen. Eine einzige Integrationsagentur soll sich um die Eingliederung in den Arbeitsmarkt kümmern, unabhängig von der Kontrolle der Bezüger. Die Integration müsste über Aus- und Weiterbildung gefördert werden. Für die Existenzsicherung bräuchte es nach wie vor die drei Sozialwerke ALV, IV und Sozialhilfe.

Aber die Doppelspurigkeiten sind ineffizient. Beim Grundeinkommen wäre es einfacher.

Auch das ist fraglich. Beim Grundeinkommen will man ja jedem Menschen gleich viel bezahlen. Aber das Leben in Zürich braucht nun mal mehr Geld als das Leben im Jura. Also müsste man auch das Grundeinkommen regional anpassen, was wiederum einen Verwaltungsapparat erfordert.

Wer heute Sozialgelder bezieht, muss beweisen, dass er arbeitswillig ist. Ist das Grundeinkommen ein Freipass zur Arbeitsverweigerung?

Nein, für die Mehrheit ist es schlimm, nicht arbeiten zu können. Wenn die Stelle gut gestaltet und die Arbeit sinnvoll ist, würden die meisten weiterarbeiten. Weil sie gern arbeiten. Und weil der Arbeitsplatz ein sozialer Ort ist. Das Risiko ist nicht, dass die Menschen nicht mehr arbeiten wollen, sondern dass sie nicht mehr können – weil sie nicht die Voraussetzungen für den heutigen Arbeitsmarkt mitbringen.

Der technologische Fortschritt führt dazu, dass immer mehr Menschen im Arbeitsmarkt überflüssig werden. Müssen wir uns dieser Tatsache nicht endlich stellen?

Wir müssen tatsächlich unseren engen Fokus auf Erwerbsarbeit lockern. Aber das muss im Kern der Gesellschaft – beim Mittelstand – geschehen, damit sich das Bewusstsein verändert. Das Grundeinkommen wäre wie gesagt vor allem für Bedürftige relevant. Für die anderen spielt es keine grosse Rolle. Damit würden wir ein Experiment mit Menschen am Rand der Gesellschaft machen. Mit Arbeitszeitreduktion, finanzierten Sabbaticals und einer Aufwertung von Freiwilligen- und Familienarbeit könnte man eine Veränderung im Kern der Gesellschaft anstossen.

Gibt es in Zukunft genug Arbeit für alle?

Davon bin ich überzeugt. Es kommt nur darauf an, wie wir sie verteilen. ■